

Resolutionsantrag

des Abgeordneten Mag. Hofer-Gruber gemäß § 60 LGO 2001

zu Ltg.-1469-1/A-3/506-2021

betreffend: **„Österreichs Rolle innerhalb der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik der Europäischen Union“**

Seit vielen Jahren ist das Österreichische Bundesheer Spielball der Parteipolitik, gleichzeitig wird dem Bundesheer eine finanzielle Ausstattung, die ihm die Erfüllung seines verfassungsmäßigen Auftrags ermöglichen würde, verweigert.

Nicht zuletzt durch die Auflösung des Ostblocks und den im Jahr 1995 erfolgten EU-Beitritt hat sich die militärische Bedrohungslage für Österreich wesentlich verändert. Gleichzeitig kommt dem Außengrenzschutz in der Europäischen Union, der nur im Rahmen der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik zu bewerkstelligen ist, immer größere Bedeutung zu, nicht zuletzt deshalb, weil sich durch diese gemeinsamen Anstrengungen in militärischen und sicherheitspolitischen Herausforderungen die Europäische Union unweigerlich in Richtung einer politischen Union weiterentwickelt. Seit dem EU-Osterweiterungsprozess hat Österreich beständig an Reputation und Einfluss in der EU verloren, und sich den Ruf eines "Troublemakers" erworben. Eine Rolle, in der sich unser derzeitiger Bundeskanzler ebenfalls sehr wohl zu fühlen scheint.

Höchste Zeit also, dass Österreich wieder daran arbeitet, Reputation und Einfluss zurückzuerlangen und sich nach dem Destruktivismus der derzeitigen Regierungslinie wieder auf konstruktive Inhalte und Impulse zu konzentrieren. Ein guter Schritt in Richtung emanzipierte Europäische Union, in der ein Gefühl der Unionsbürger_innenschaft wachsen könnte, wäre eine echte gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik, die dieser Bezeichnung auch gerecht wird.

Der Gefertigte stellt daher den

Antrag

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

„Die Landtag fordert die Landesregierung auf, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass Österreich zukünftig einen substantiellen Fortschritt bei der Umsetzung der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik der Europäischen Union vorantreibt.“